

PRESSEMITTEILUNG

Spaltet Corona die Gesellschaft? Wie sich die Demokratie in der Krise bewähren kann

Robert Habeck (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Jens Spahn (CDU) sind am Montag, den 14. Dezember 2020 die Gäste des zweiten „Polittalk aus der Hauptstadt“, den die Bertelsmann Stiftung gemeinsam mit dem Inforadio des rbb und der Süddeutschen Zeitung veranstaltet. Zentrales Thema ist die Bewährung der Demokratie bei der Pandemiebekämpfung. Spaltet Corona die Gesellschaft? Unterschätzt die Politik die Einsicht und Folgebereitschaft der Bevölkerung?

Gütersloh / Berlin, 14. Dezember 2020. Spaltet Corona die Gesellschaft? – Wie sich die Demokratie in der Krise bewähren kann. Diese Frage diskutieren am Montag, den 14. Dezember 2020 Robert Habeck (Parteivorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) zwischen 15 und 16 Uhr beim zweiten „Polittalk aus der Hauptstadt“. Die Debatte wird moderiert von Angela Ulrich (rbb) und Stefan Braun (Süddeutsche Zeitung). Sie findet im Studio 14 des rbb in Berlin unter Berücksichtigung der aktuellen Corona-Regeln statt und wird live im Internet übertragen: www.inforadio.de/polittalk

Mit auf dem Podium sitzt der Demokratieexperte der Bertelsmann Stiftung, Robert Vehrkamp. „Die Pandemie ist für die Demokratie eine Bewährungsprobe, die sie bislang sehr gut bestanden hat“, fasst Vehrkamp die Ergebnisse aus dem Demokratiemonitor der Bertelsmann Stiftung zusammen, deren Ergebnisse beim „Polittalk aus der Hauptstadt“ vorgestellt und diskutiert werden. Fast neun von zehn Deutschen (86 Prozent) halten auch und gerade in der Pandemie die Demokratie für das beste politische System, und fast zwei Drittel (63 Prozent) sind darüber hinaus mit dem Funktionieren der Demokratie sehr oder eher zufrieden. Gleichzeitig halten nur zwei von zehn Befragten (21 Prozent) das politische System, und nur drei von zehn (31 Prozent) die Qualität der Regierung derzeit für eine Schwäche Deutschlands. „Das sind insgesamt höhere Zustimmungswerte für die Demokratie und die Qualität der Regierung, als vor Beginn der Flüchtlingskrise im Jahr 2015“, ordnet Vehrkamp die Ergebnisse ein.

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Akzeptanzwerten der Corona-Maßnahmen: Sechs von zehn (58 Prozent) Deutschen empfinden die Corona-Maßnahmen der Regierung derzeit sogar als „zu lasch“, und zusätzlich etwa jeder Vierte (23 Prozent) empfindet sie als „gerade richtig“. „Die Politik scheint die Akzeptanz und Folgebereitschaft der Menschen in Deutschland eher zu unterschätzen“, kommentiert Vehrkamp. „Die Macht selektiver Bilder von Anti-Corona-Demonstrationen darf den Blick auf die insgesamt enorm hohen und stabilen Zustimmungswerte im Land nicht verstellen“, warnt Vehrkamp.

Jüngere Bevölkerung bei Corona-Politik kritischer eingestellt

Allerdings zeigt sich ein deutlicher Alterseffekt: Die Jüngeren sind deutlich kritischer gegenüber der Corona-Politik der Regierung eingestellt als die Älteren. Während nur jeder Fünfte aus der Altersgruppe der 18 bis 24-Jährigen den Umgang der Regierung mit der Corona-Pandemie als „gut“ für die Demokratie bewerte, liegt der Wert bei den über 65-Jährigen mehr als dreimal so hoch (62 Prozent). Gleichzeitig bewerten die Jüngeren die Einschränkungen des öffentlichen Lebens deutlich negativer. „Die Jüngeren empfinden sich zunehmend als die

Verlierer der Pandemie-Krise“, erklärt Vehrkamp. „Sie leiden subjektiv stärker unter den Einschränkungen des öffentlichen Lebens. Gleichzeitig zeigen sich viele der Jüngeren sensibler für die demokratischen Zumutungen der Pandemie, und beklagen sehr viel stärker als die Älteren die pandemiebedingten Einschränkungen der Grundrechte, des Demonstrationsrechts und der Versammlungsfreiheit. Aus dem Pandemie-Frust der Jüngeren darf kein Demokratie-Frust werden“, so Vehrkamp abschließend.

In der Krise bekommt auch Europa gute Noten. 89 Prozent der Europäer sagen, die EU solle bei der Bekämpfung der Pandemie eine größere Rolle spielen, 91 Prozent sagen, die EU-Staaten müssten enger zusammenarbeiten. Das ist das Ergebnis einer weiteren Studie, die die Bertelsmann Stiftung am Dienstag veröffentlichen wird.

Zusatzinformationen

Für die repräsentative Umfrage im Rahmen des Demokratiemonitors der Bertelsmann Stiftung wurden von YouGov in der Zeit vom 12. bis 16. November 2020 und vom 8. bis 9. Dezember 2020 jeweils mehr als 2.000 Personen online befragt. Die Stichprobe ist repräsentativ für die deutsche Wohnbevölkerung ab 18 Jahre.

Unser Experte: Dr. Robert Vehrkamp, Telefon: 0172 - 5637864
E-Mail: robert.vehrkamp@bertelsmann-stiftung.de

Twitter: @BertelsmannSt
#polittalk

Über die Bertelsmann Stiftung: Menschen bewegen. Zukunft gestalten.

Die Bertelsmann Stiftung setzt sich dafür ein, dass alle an der Gesellschaft teilhaben können – politisch, wirtschaftlich und kulturell. Unsere Themen: Bildung, Demokratie, Europa, Gesundheit, Werte und Wirtschaft. Dabei stellen wir die Menschen in den Mittelpunkt. Denn die Menschen sind es, die die Welt bewegen, verändern und besser machen können. Dafür erschließen wir Wissen, vermitteln Kompetenzen und erarbeiten Lösungen. Die gemeinnützige Bertelsmann Stiftung wurde 1977 von Reinhard Mohn gegründet.

Weitere Informationen: www.bertelsmann-stiftung.de